

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich und die Inkraftsetzung des Übereinkommens zur Durchführung**  
**des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985**  
**zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion,**  
**der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik**  
**betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen**

Vom 19. Dezember 1995

I.

Das Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (BGBl. 1993 II S. 1010) nebst Schlußakte und Protokoll ist nach seinem Artikel 140 Abs. 2 für

Portugal	am 1. März 1994
Spanien	am 1. März 1994

in Kraft getreten.

II.

Nach Artikel 8 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes vom 15. Juli 1993 zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (BGBl. 1993 II S. 1010), dem die Italienische Republik mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Übereinkommen, die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen und die Griechische Republik mit dem am 6. November 1992 in Madrid unterzeichneten Übereinkommen beigetreten sind, wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen gemäß der in seiner Schlußakte enthaltenen Gemeinsamen Erklärung zu Artikel 139 durch den am 22. Dezember 1994 in Bonn gefaßten Beschluß des Schengener Exekutivausschusses über das Inkraftsetzen des Schengener Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 in all seinen Teilen für

die Erstunterzeichnerstaaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg  
und die Niederlande sowie für die Beitrittsstaaten Spanien und Portugal

zum 26. März 1995

in Kraft gesetzt worden ist.

III.

Nachstehend werden die Listen der Vertragsparteien des Übereinkommens bekanntgemacht,

welche die Urkunden enthalten, die gemäß seinem Artikel 52 Abs. 1 unmittelbar durch die Post übersandt werden dürfen:

## **Belgien**

- Ladung von Beschuldigten, Zeugen und Nebenklägern
- Einbestellung von und Bekanntmachungen gegenüber Angeschuldigten, Opfern, Rechtsanwälten, Zeugen, Sachverständigen und Dolmetschern
- Zustellung von Beschlüssen, Urteilen und Verfügungen
- Zustellung der Ergebnisse von Analysen oder Gutachten
- Zustellung der Aufhebung der Beschlagnahme
- Zustellung von Entscheidungen bezüglich des Führerscheins
- Vergleichsvorschläge

## **Deutschland**

A) Mitteilungen in verschiedenen Verfahrensabschnitten:

1. Gewährung rechtlichen Gehörs an Betroffene vor Erlass von Entscheidungen (§ 33 Abs. 3 StPO)
  - a) durch Gerichte
    - aa) soweit mit Fristsetzung verbunden (§ 33 Abs. 3, § 35 Abs. 2 Satz 1 StPO)
    - bb) ohne Fristsetzung (§ 33 Abs. 3, § 35 Abs. 2 Satz 2 StPO)
  - b) durch Staatsanwaltschaften
2. Mitteilungen von gerichtlichen Entscheidungen, soweit
  - a) nur innerhalb einer Frist anfechtbar (§ 35 Abs. 2 Satz 1 StPO)
  - b) nicht oder zeitlich unbeschränkt anfechtbar (§ 35 Abs. 2 Satz 2 StPO)
  - c) in Anwesenheit des Betroffenen verkündet (§ 35 Abs. 1 Satz 2 StPO)
3. Mitteilungen betreffend Ordnungsmittel an Betroffene (§§ 178 ff. GVG)  
Entscheidungen über Verhängung von Ordnungsmitteln

4. Mitteilungen der Entscheidungen in Wiedereinsetzungsverfahren an die Antragsteller bei
  - a) Gewährung von Wiedereinsetzung
    - aa) falls dadurch Frist in Gang gesetzt wird (z.B. bei versäumter Revisions-  
einlegungsfrist - § 46 Abs. 2, § 345 Abs. 1 StPO)
    - bb) in den übrigen Fällen (§ 46 Abs. 2, § 35 Abs. 2 Satz 2 StPO)
  - b) Versagung der Wiedereinsetzung (§ 46 Abs. 3, § 35 Abs. 2 Satz 1 StPO)
5. sonstige Mitteilungen in Wiedereinsetzungsverfahren (§§ 44 ff. StPO)
6. Mitteilungen des gerichtlichen Beschlagnahmebeschlusses (§ 94 Abs. 2, § 98 Abs. 1 Satz 1, § 111a Abs. 1 StPO)
7. Gewährung rechtlichen Gehörs bei Entscheidungen über den Kautionsverfall an Beschuldigte und Kautionssteller (§ 124 Abs. 2 Satz 1 StPO)
8. Mitteilungen der Entscheidungen über den Kautionsverfall an Beschuldigte und Kautionssteller (§ 124 Abs. 2 Satz 2 StPO)
9. Mitteilungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichts an Betroffene betreffend sichergestellte Beweismittel und deren Rückgabe (z. B. Bescheidungen von Anträgen auf Rückgabe sichergestellter Beweismittel)
10. Rückgabe sichergestellter Beweismittel an Betroffene
11. Aufforderungen zur Verteidigerbenennung (§ 142 Abs. 1 Satz 2 StPO)
  - a) durch Gerichte mit Fristsetzung
  - b) durch Gerichte ohne Fristsetzung oder Staatsanwaltschaften
12. Mitteilungen bei Zustellungen an Verteidiger (§ 145a Abs. 3 Satz 1 StPO)
13. Mitteilungen an Beschuldigte, Nebenbeteiligte, Zeugen, Sachverständige oder Dolmetscher wegen des Termins einer Vernehmung (z. B. schriftliche Terminabsprachen, Terminaufhebungen etc.)
14. Mitteilungen an Zeugen, Sachverständige oder Dolmetscher im Zusammenhang mit der Zeugen-, Dolmetscher- bzw. Sachverständigen-Entschädigung
15. Mitteilungen der Staatsanwaltschaften oder Gerichte an Beschuldigte, Anzeigen-

erstatte oder sonstige Beteiligte zu sonstigen Fragen (z. B. Bescheidung eines Antrages auf Auskunft aus oder Einsicht in die Ermittlungsakten)

16. Belehrung der Verletzten über ihre Verfahrensrechte (§ 406h StPO)
17. Mitteilungen an anwesende Beschuldigte über den Verfahrensforgang (§ 287 Abs. 2 StPO)

B) Mitteilungen im Ermittlungsverfahren:

1. Mitteilungen der Einleitung des Ermittlungsverfahrens an Beschuldigte (vgl. § 78c Abs. 1 Nr. 1 StGB, § 397 Abs. 3 AO)
2. Bestätigungen des Eingangs einer Anzeige an Anzeigenerstatte (Nr. 9 RiStBV)
3. Ladungen der Beschuldigten zur Vernehmung
  - a) durch den Richter (§ 133 Abs. 1 StPO)
  - b) durch den Staatsanwalt (§ 163a Abs. 3 StPO)
  - c) durch die Polizei und sonstige Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (vgl. § 163a Abs. 4 StPO)
4. Mitteilungen der Beschuldigung unter Anheimgabe einer schriftlichen Äußerung an Beschuldigte (§ 163a Abs. 1 Satz 2 StPO) oder Betroffene (§ 55 Abs. 1 OWiG)
5. Aufforderungen an Zeugen zu schriftlichen Zeugenauskünften (vgl. § 161 a StPO)
6. Gewährung rechtlichen Gehörs an Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter Jugendlicher oder heranwachsender Beschuldigter (§ 43 Abs. 1 Satz 2 JGG)
7. Ladungen von Zeugen
  - a) durch den Richter (vgl. § 168c StPO)
  - b) durch den Staatsanwalt (§ 161 a StPO, Nr. 64 Abs. 3 RiStBV)
  - c) durch die Polizei oder sonstige Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (vgl. § 163a Abs. 5 StPO)
8. Ladungen von Sachverständigen
  - a) durch den Richter (vgl. § 168c StPO)

- b) durch den Staatsanwalt (§ 161 a StPO, Nr. 64 Abs. 3 RiStBV)
  - c) durch die Polizei oder sonstige Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (§ 163a Abs. 5 StPO)
9. Mitteilungen des Termins für eine richterliche Zeugen- oder Sachverständigenvernehmung an Beschuldigte und sonstige zur Anwesenheit Berechtigte (§ 168c Abs. 5 Satz 1 StPO)
  10. Mitteilungen des Termins für richterliche Augenscheinseinnahmen an Beschuldigte und sonstige zur Anwesenheit Berechtigte (§ 168d Abs. 1, § 168c Abs. 5 Satz 1 StPO)
  11. Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an Beschuldigte, Anzeigende u. a. zu Verfahrensfragen (z. B. Hinweise auf Verfahrensverbindungen mit Mitteilung des neuen Aktenzeichens, Verfahrensübernahmen - § 386 Abs. 4 AO)
- C) Mitteilungen im Zusammenhang mit dem Abschluß der Ermittlungsverfahren:
1. Benachrichtigungen über Fristsetzungen für Klageerhebung an Anzeigenerstatter (§ 154d Satz 2 StPO)
  2. Anfragen der Staatsanwaltschaft an Beschuldigte, ob diese mit einer vorläufigen Einstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO unter Erteilung von Auflagen oder Weisungen einverstanden sind
  3. Mitteilungen der vorläufigen Einstellung nach § 153a Abs. 1 StPO mit der Aufforderung zur Erfüllung von Auflagen oder Weisungen
  4. Mitteilungen der Einstellungen an
    - a) Anzeigenerstatter, die zugleich Verletzte sind (§ 171 Satz 2 StPO)
      - aa) bei Statthaftigkeit eines Klageerzwingungsantrages
      - bb) bei Unstatthaftigkeit eines Klageerzwingungsantrages
    - b) sonstige Anzeigenerstatter (§ 171 Satz 1 StPO)
  5. Mitteilungen der Einstellung an Beschuldigte (§ 170 Abs. 2 Satz 2 StPO)
    - a) soweit mit Belehrung nach § 9 Abs. 1 Satz 5 StrEG
    - b) in den übrigen Fällen
  6. Aufforderungen an Beschuldigte bei vorläufigen Einstellungen gemäß § 153a Abs. 1

- StPO, den Nachweis für die Erfüllung von Aufgaben und Weisungen zu erbringen
7. Mitteilungen an Beschuldigte und Anzeigenerstatter, daß die Ermittlungen wieder aufgenommen worden sind
  8. Mitteilung der Verwarnung an den Betroffenen auch mit Fristsetzung für die Zahlung des Verwarnungsgeldes (§ 56 Abs. 1 OWiG)

D) Mitteilungen im Klageerzwingungsverfahren:

1. Bescheidungen des Anzeigenerstatters durch vorgesetzte Beamte der Staatsanwaltschaft (§ 172 Abs. 2 Satz 2 StPO) an
  - a) Anzeigenerstatter, die zugleich Verletzte sind (§ 171 Satz 2 StPO)
    - aa) bei Statthaftigkeit eines Klageerzwingungsantrages
    - bb) bei Unstatthaftigkeit eines Klageerzwingungsantrages
  - b) sonstige Anzeigenerstatter (§ 171 Satz 1 StPO)
2. Mitteilungen des Klageerzwingungsantrages an Beschuldigte (§ 173 Abs. 2 StPO)
  - a) mit Fristsetzung für Stellungnahme
  - b) ohne Fristsetzung für Stellungnahme
3. Mitteilungen der den Klageerzwingungsantrag verwerfenden Entscheidungen an Antragsteller und Beschuldigte (§ 174 Abs. 1 StPO)
4. Mitteilungen der dem Klageerzwingungsantrag stattgebenden Entscheidungen (§ 174 StPO)
5. Mitteilungen betreffend die Prozeßkostenhilfe an Antragsteller (§ 172 Abs. 3 Satz 2 StPO)
6. Mitteilungen des Gerichts betreffend die Sicherheitsleistung in Klageerzwingungsverfahren (§ 176 Abs. 1 Satz 1 StPO)

E) Mitteilungen im Zwischenverfahren:

1. Mitteilungen der Anklageschrift an Angeschuldigte (§§ 201, 35 Abs. 2 Satz 1 StPO)
2. Mitteilungen von Bußgeldbescheiden an Betroffene (§ 50 Abs. 1 Satz 2 OWiG)

3. Bescheidungen von Anträgen der Beschuldigten (§ 201 Abs. 2 StPO)
4. Mitteilungen der Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens an Angeschuldigte (§ 204 Abs. 2 StPO)
5. Mitteilungen der Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens an Anzeigenerstatter
6. Mitteilungen bei Vorlage des Verfahrens an ein Gericht höherer Ordnung (§ 209 Abs. 2 StPO)
7. Mitteilungen bei ergänzenden Ermittlungen ggf. wie im Ermittlungsverfahren
8. Verwerfung des Einspruchs gegen den Bußgeldbescheid
  - a) durch die Verwaltungsbehörde (§ 69 Abs. 1 OWiG)
  - b) durch das Gericht (§ 70 OWiG)

F) Mitteilungen bei Vorbereitung der Hauptverhandlung:

1. Mitteilungen der Entscheidungen zu Beweisanträgen (§ 219 Abs. 1 Satz 2 StPO)
2. Mitteilungen der geladenen Zeugen und Sachverständigen durch das Gericht (§ 222 Abs. 1 Satz 1 StPO)
3. Mitteilungen der geladenen Zeugen und Sachverständigen durch die Staatsanwaltschaft (§ 222 Abs. 1 Satz 2 StPO)
4. Mitteilung des Termins zu kommissarischen Vernehmungen (§ 224 Abs. 1 StPO)
5. Mitteilung des Termins zu kommissarischen Augenscheinseinnahmen (§§ 225, 224 Abs. 1 Satz 1 StPO)
6. Aufforderungen an Verfahrensbeteiligte zur Stellungnahme zu Verfahrensanträgen
7. Mitteilungen von Entscheidungen zu Verfahrensanträgen
  - a) soweit nur befristet anfechtbar
  - b) im übrigen
8. Belehrungen der Angeklagten über ihr Antragsrecht nach § 233 StPO (Nr. 120 Abs. 1 RiStBV)
9. Mitteilungen der Entscheidungen über die Entbindung der Angeklagten von der

- Pflicht zum Erscheinen (§ 233 StPO)
10. Hinweise auf Entscheidungen durch Beschluß (§ 72 Abs. 1 Satz 2 OWiG)
  11. Mitteilungen der Kostenentscheidung der Staatsanwaltschaft nach Einstellung des Bußgeldverfahrens (§ 108a Abs. 1, 2 Satz 1 OWiG)
  12. Mitteilungen bei Vorlage der Akten an ein Gericht höherer Ordnung (§ 225a StPO)
- G) Mitteilungen anlässlich der Hauptverhandlung 1. Instanz:
1. Mitteilungen der Gerichtsbesetzung (§ 222a StPO)
  2. Mitteilungen der Eröffnungsbeschlüsse (§ 215 StPO)
  3. Ladungen der Angeklagten und Nebenbeteiligten zur Hauptverhandlung (§ 216 Abs. 1 StPO)
  4. Mitteilungen der Termine zur Vernehmung der Beschuldigten im Sicherungsverfahren (§ 415 Abs. 2 Satz 2 StPO)
    - a) an Beschuldigte
    - b) an gesetzliche Vertreter
  5. Ladungen der Zeugen und Sachverständigen zur Hauptverhandlung
  6. Mitteilungen von dienstlichen Äußerungen bei Ablehnungsanträgen (§ 26 Abs. 3 StPO)
  7. Aufforderungen zur Stellungnahme zu Verfahrensanträgen
  8. Bescheidungen von Verfahrensanträgen
  9. Mitteilungen der Beschuldigungen bei beschleunigten Verfahren (§ 212a Abs. 3 Satz 2 StPO)
  10. Mitteilungen des Strafbefehls an Angeklagte oder Nebenbeteiligte bzw. deren bevollmächtigte Vertreter (§ 410 Abs. 1 StPO)
  11. Mitteilungen der Urteile an in der Hauptverhandlung nicht anwesende Angeklagte bei Verhandlungen nach § 233 StPO
  12. Mitteilungen von gerichtlichen Einstellungsbeschlüssen (§ 153 Abs. 2 Satz 2 StPO)



H) Mitteilungen in Berufungsverfahren:

1. Mitteilungen der angefochtenen Urteile (§ 316 Abs. 2 StPO)
2. Mitteilungen der Beschlüsse, durch die Berufungen als unzulässig verworfen werden (§ 319 Abs. 1, § 322 Abs. 1 Satz 1 StPO)
3. Ladungen der Angeklagten zur Berufungshauptverhandlung (§ 323 Abs. 1, § 216 Abs. 1 StPO)
4. Mitteilungen der Urteile, durch die Berufungen wegen Nichterscheinens verworfen werden (§ 329 Abs. 3 StPO)
5. Mitteilungen im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung im Berufungsverfahren im übrigen wie unter F) und G)

I) Mitteilungen in Revisionsverfahren:

1. Mitteilungen der angefochtenen Urteile (§ 341 Abs. 2, § 343 Abs. 2 StPO) oder des Beschlusses nach § 72 OWiG (§ 79 Abs. 4 OWiG)
2. Mitteilungen der Revisionsbegründungen der Staatsanwaltschaft an Angeklagte (§ 347 Abs. 1 Satz 1 StPO)
3. Mitteilungen der Gegenerklärungen der Staatsanwaltschaft zu Revisionen des Angeklagten oder Verteidigers (§ 347 Abs. 1 StPO)
4. Mitteilungen der Beschlüsse, durch die Revisionen vom iudex a quo wegen Formmangels verworfen werden (§ 346 Abs. 1 StPO)
5. Ladungen zur Revisions-Hauptverhandlung des Revisionsgerichts (§ 350 Abs. 1 StPO)
6. Mitteilungen der Anträge der Staatsanwaltschaft beim Revisionsgericht auf Revisionsverwerfung (§ 349 Abs. 3 Satz 1 StPO)
7. Mitteilungen der Entscheidungen über die Revision (§§ 349, 353 f. StPO)
8. Ladungen zu weiteren Revisionsverhandlungen des Senats (§ 138 Abs. 4 GVG)

J) Vollstreckungsverfahren:

1. Mitteilungen der rechtskräftigen Verurteilungen (§ 35 Abs. 1 Satz 2 StPO)
2. Belehrungen von Verletzten über ihr Antragsrecht nach § 406d StPO (§ 406d Abs. 3

StPO)

3. Mitteilungen an Verletzte über den Verfahrensausgang (§ 406d Abs. 1 StPO)
  4. Aufforderungen an Verurteilte zur Zahlung von Geldstrafen
  5. Ladungen von Verurteilten zum Strafantritt
  6. Aufforderungen an Verurteilte zur Übersendung des Führerscheins bei Rechtskraft des Fahrverbots
  7. Mitteilungen an Verurteilte im Zusammenhang mit der Strafvollstreckung (z.B. Aufforderungen zur Vorlage von Unterlagen, Bescheidung von Strafaufschubsge-suchen u. a.)
  8. Gewährung rechtlichen Gehörs an Verurteilte bei nachträglichen Bewährungsentscheidungen (§ 453 Abs. 1 Satz 2, 3 StPO, § 57 Abs. 1 Satz 2, § 58 Abs. 1 JGG)
  9. Gewährung rechtlichen Gehörs bei nachträglichen Entscheidungen über Weisungen und Auflagen (§ 65 Abs. 1 JGG)
  10. Mitteilungen der nachträglichen Entscheidungen in Bewährungssachen (§ 453 StPO, § 58 JGG)
    - a) falls mit sofortiger Beschwerde anfechtbar
    - b) im übrigen
  11. Mitteilungen von Entscheidungen der Vollstreckungsbehörden (§§ 455 bis 456c, 459a, 459e StPO)
  12. Mitteilungen der Entscheidungen der Gerichte in Vollstreckungssachen (§§ 456c, 458, 459d, 459f, 459h, 460, 462 StPO, § 104 Abs. 3 OWiG)
  13. Mitteilungen in Gnadensachen (z. B. Aufforderungen zur Vorlage von Unterlagen, Bescheidungen von Gnadenanträgen)
  14. Mitteilungen der Urteile an Bekanntmachungsberechtigte (§ 463c Abs. 1 StPO)
  15. Belehrung von Beteiligten über ihr Antragsrecht nach § 104 Abs. 2 OWiG
- K) Mitteilungen bei Abwicklung von Ermittlungsverfahren:
1. Mitteilungen der Entscheidungen im StrEG-Grundverfahren (§ 8 Abs. 1 Satz 2 StrEG)

2. Belehrungen des früheren Beschuldigten über sein Antragsrecht (§ 9 Abs. 1 Satz 5, § 10 Abs. 1 Satz 3 StrEG)
3. Belehrungen von Unterhaltsberechtigten über ihr Antragsrecht (§ 11 Abs. 2 Satz 1 StrEG)
4. Mitteilungen der Entscheidungen im StrEG-Betragsverfahren (§ 10 Abs. 2 Satz 2 StrEG)

L) Mitteilungen bei Nebenklagen:

1. Bestätigungen des Eingangs des Nebenklageantrags an Nebenkläger (§ 396 StPO)
2. Mitteilungen von Nebenklageerhebung an Beschuldigte (§ 396 StPO)
3. Mitteilungen der Entscheidung über die Zulassung der Nebenklage (§ 396 Abs. 2 StPO)
4. Mitteilungen betreffend Prozeßkostenhilfeanträge des Nebenklägers (Aufforderungen zur Vorlage von Unterlagen, Entscheidungen über PKH-Anträge - § 397a StPO)
5. Ladungen des Nebenklägers zur Hauptverhandlung (§ 398 Abs. 2 StPO)
6. Mitteilungen von Entscheidungen an Nebenkläger (§ 401 Abs. 2 StPO)
7. Mitteilungen des Widerrufs der Anschlußerklärung an Beschuldigte (§ 402 StPO)

M) Mitteilungen in Privatklageverfahren:

1. Bestätigungen des Eingangs der Privatklage an Privatkläger (§ 381 StPO)
2. Mitteilungen der Privatklage an Beschuldigte (§ 382 StPO)
3. Mitteilungen der Übernahme der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft (§ 377 Abs. 2 StPO)
4. Ladungen der Privatkläger zur Hauptverhandlung (§ 385 Abs. 2 StPO)
5. Mitteilungen der geladenen Zeugen und Sachverständigen an Privatkläger und Beschuldigte (§ 222 Abs. 1 StPO)
6. Mitteilungen des richterlichen Termins zur kommissarischen Zeugenvernehmung an Privatkläger und Beschuldigte (§ 224 StPO)

7. Mitteilungen des Termins zur kommissarischen Augenscheinseinnahme an Privatkläger und Beschuldigte (§ 225 StPO)
8. Mitteilungen der Widerklage an Privatkläger (§ 388 StPO)
9. Mitteilungen der Entscheidungen an Privatkläger und Beschuldigte
10. Mitteilungen der Rechtsmittel an die Gegner der Beschwerdeführer (§ 390 Abs. 3 Satz 2 StPO)
11. Mitteilungen an Privatkläger mit Fristsetzung und Einstellungsandrohung (§ 391 Abs. 2 StPO)
12. Mitteilungen über Klagerücknahmen, Tod des Privatklägers oder Fortsetzung des Privatklageverfahrens (§ 394 StPO)
13. Mitteilungen betreffend Prozeßkostenhilfeanträge des Privatklägers (§ 379 Abs. 3 StPO)
14. Mitteilungen betreffend Sicherheitsleistungsanforderungen an Privatkläger (§ 379 Abs. 1 StPO)
15. Mitteilungen betreffend Gebührenvorschußanforderungen an Privatkläger (§ 379a Abs. 1 StPO)
16. Mitteilungen der Beschlüsse über Zurückweisung von Privatklagen mangels Gebührenvorschüssen (§ 379a Abs. 3, § 35 Abs. 2 StPO)
  - a) an Privatkläger
  - b) an Beschuldigte
17. Mitteilungen der Beschlüsse über Aufhebung der Zurückweisungen der Privatklage (§ 379a Abs. 3 Satz 3 StPO)
18. Mitteilungen im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung im übrigen wie oben unter F) und G)

N) Mitteilungen in Adhäsionsverfahren:

1. Belehrungen des Verletzten über sein Antragsrecht (§ 403 Abs. 2 StPO)
2. Bestätigungen des Eingangs des Antrags im Adhäsionsverfahren an Antragsteller (§ 404 StPO)

3. Mitteilungen des Antrags an Beschuldigte (§ 404 Abs. 1 Satz 3 StPO)
  4. Ladungen des Antragstellers zur Hauptverhandlung (§ 404 Abs. 3 Satz 1 StPO)
  5. Mitteilungen der Beschlüsse über Absehen von einer Entscheidung im Adhäsionsverfahren an Antragsteller und Beschuldigte (§ 405 StPO)
  6. Mitteilungen der Entscheidungen über Adhäsionsanträge an Antragsteller und Beschuldigte
- O) Mitteilungen bei sonstigen Beteiligungen der nebenklageberechtigten Verletzten:
1. Ladungen zum Hauptverhandlungstermin (§ 406g Abs. 2 Satz 1 StPO)
  2. Mitteilungen des Termins zur richterlichen, kommissarischen Zeugenvernehmung (§ 406g Abs. 2 Satz 3, § 224 Abs. 1 StPO)
  3. Mitteilungen des Termins zur kommissarischen richterlichen Augenscheinseinnahme (§ 406g Abs. 2 Satz 3, § 225 StPO)
  4. Mitteilungen betreffend Prozeßkostenhilfeanträge der nebenklageberechtigten Verletzten an Verletzte und Beschuldigte (§ 406g Abs. 3, § 397a StPO)
- P) Mitteilungen in Wiederaufnahme-Verfahren:
1. Bestätigungen des Eingangs des Wiederaufnahmeantrages an Antragsteller
  2. Mitteilungen des Beschlusses über Verwerfung des Wiederaufnahmeantrages wegen Unzulässigkeit (§ 368 Abs. 1, § 372 StPO)
  3. Mitteilungen des zulässigen Wiederaufnahmeantrages der Staatsanwaltschaft an Beschuldigte (§ 368 Abs. 2 StPO)
  4. Ladungen zu Terminen im Probationsverfahren (§ 369 Abs. 3 StPO)
  5. Aufforderungen zu weiterer Erklärung an Beschuldigte (§ 369 Abs. 4 StPO)
  6. Mitteilungen der Entscheidungen über die Begründetheit des Wiederaufnahmeantrages (§ 370 Abs. 1, § 372 StPO)
- Q) Sonstige Mitteilungen:
1. Mitteilungen der Anordnungen des Generalbundesanwalts nach den §§ 25, 39, 49 BZRG

2. Mitteilungen der Anordnungen des Generalbundesanwalts nach § 48 BZRG
3. Mitteilungen der Beschwerdeentscheidungen des Bundesministers der Justiz nach § 25 Abs. 2, § 39 Abs. 3, § 49 Abs. 3 BZRG

## **Frankreich**

- Convocations (Vorladung)
  - \* zum Erscheinen vor dem Ermittlungsrichter
    - Opfer
    - Zeuge
    - mis en examen (etwa: richterliche Vorprüfung)
- Vorladung von Zeugen, Nebenklägern, Opfern oder Beschuldigten:
  - \* vor dem Polizeigericht
  - \* vor dem Tribunal Correctionnel (etwa: Landgericht, Abteilung Strafsachen)
  - \* vor der Chambre des Appels Correctionnels (etwa: Strafkammer im Berufungsverfahren)
- Vorladung von Zeugen, Nebenklägern oder Opfern vor die Cour d'Assises (Schwurgericht)
- Zustellung von Gutachten
- Zustellung und Mitteilung folgender Entscheidungen:
  - \* ordonnance (richterliche Entscheidung)
    - eines Ermittlungsrichters
    - des Vorsitzenden des Polizeigerichts
  - \* jugement (Urteil)
    - des Polizeigerichts
    - des Tribunal Correctionnel (etwa: Landgericht, Abteilung Strafsachen)

\* arrêt (Entscheid, Beschluß)

- der Chambre d'Accusation (Anlagekammer)
- der Chambre des Appels Correctionnels (etwa: Strafkammer im Berufungsverfahren)

## **Luxemburg**

- die Vorladung eines Beschuldigten
- die Vorladung eines Zeugen
- die Vorladung eines Nebenklägers
- die Zustellung in Abwesenheit ergangener Entscheidungen
- die Zustellung von Strafentscheidungen
- Aufforderung zum Erscheinen vor Gericht

## **Niederlande**

### **I. Ladungen**

#### **Strafprozeßordnung**

Art. 12 lit. d und e

Ladung von Klägern und Personen, deren Verfolgung beantragt wird  
Schreiben des Urkundenbeamten des Gerichtshofs, GB

Art. 36 Abs. 1

Ladung eines Beschuldigten zur Erklärung der Einstellung des Verfahrens auf dessen Ersuchen

Schreiben des Urkundenbeamten des Gerichts, GB

Art. 86

Ladung von Beschuldigten und Bürgern bei Änderung der Bewährungsbedingungen und Aufhebung der Aussetzung des vorläufigen Haftbefehls

Schreiben des Staatsanwalts, AS

Art. 89 Abs. 3 und Art. 91 Abs. 3

Ladung eines ehemals Beschuldigten wegen dessen Ersuchen um Schadenersatz  
Schreiben des Urkundenbeamten des Gerichts, AS

Art. 200 Abs. 2

Ladung von Beschuldigten zur gerichtlichen Vernehmung  
Schreiben des Ermittlungsrichters, GB

Art. 210  
Ladung von Zeugen zur gerichtlichen Vernehmung  
Schreiben des Ermittlungsrichters, AS

Art. 250 Abs. 1  
Ladung eines Beschuldigten zwecks Prüfung der von ihm eingereichten Beschwerde  
gegen die Fortsetzung der Verfolgung  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 253 Abs. 2  
Ladung eines Beschuldigten im Anschluß an dessen Ersuchen um Festsetzung einer  
Frist für die Ladung durch Gerichtsvollzieher bzw. für die Mitteilung über die  
Einstellung der Verfolgung  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 255 Abs. 4  
Ladung eines Beschuldigten im Zusammenhang mit dem Antrag der Staatsanwalt-  
schaft auf Festlegung einer neuen Frist für eine Ladung durch Gerichtsvollzieher  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 260 Abs. 1, Art. 263 Abs. 3, Art. 306 Abs. 4 und 5, Art. 315, 319, 320, 321  
Ladung von Zeugen, Sachverständigen (Entlastung) und Dolmetschern zu einer  
Gerichtsverhandlung  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 267  
Ladung eines Beschuldigten betreffend die Frist für eine Ladung durch  
Gerichtsvollzieher bzw. für die Mitteilung über die Fortsetzung der Verfolgung  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 282 Abs. 1  
Ladung von Zeugen zu einer Gerichtsverhandlung  
Schreiben des Gerichts, AS

Art. 414 Abs. 2  
Ladung nach Art. 263 StPO  
Schreiben des Staatsanwalts, AS

Art. 496 lit. a  
Ladung der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters, deren Anwesenheit bei der  
Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen oder Sachverständigen erwünscht ist  
Gerichtsschreiben, AS



Art. 496 lit. d

Ladung von Beschuldigten, Eltern oder des gesetzlichen Vertreters wegen einer Einweisung in eine Erziehungsanstalt  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 500 lit. a

Ladung von Eltern bzw. des gesetzlichen Vertreters von minderjährigen Beschuldigten, deren Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung erforderlich ist  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 507

Ladung eines Verurteilten wegen Beantragung der Ersetzung einer Geldbuße durch Haft  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 511 lit. g Unterabs. 2

Mitteilung an Beschuldigte oder Verurteilte über Vorlage eines Verfahrens an ein Gericht höherer Ordnung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 552 lit. a Unterabs. 4

Übersendung der Anklageschrift an Personen, bei denen eine Beschlagnahme vorgenommen wurde; Möglichkeit der Einlegung einer Beschwerde  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 552 lit. a Abs. 5

Ladung eines Anklägers wegen einer Beschwerde gegen eine Beschlagnahme  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 552 lit. a b Unterabs. 4

Ladung eines Beschuldigten, ehemals Beschuldigten bzw. Verurteilten wegen einer Beschwerde gegen eine Beschlagnahme  
Schreiben Gerichtsschreiber, GB

Art. 552 lit. b Unterabs. 4

Ladung eines Klägers wegen einer Beschwerde über den Verfall bzw. die Einziehung von beschlagnahmten Sachen  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 552 lit. f Unterabs. 3

Ladung von Beteiligten wegen eines Antrags auf Einziehung beschlagnahmter Sachen  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 552 lit. t Unterabs. 4

Ladung eines Verletzten/Zivilpartei wegen des Verfahrens zur Ersetzung der Zustimmung zur Übertragung einer Sache an einen ausländischen Staat durch eine Genehmigung  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 580 Abs. 2

Ladung von Festgenommenen, Zeugen und Sachverständigen zu einem Verfahren zwecks Erkennung verurteilter Personen  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 591 Abs. 3 und Art. 591 lit. a Unterabs. 4

Ladung eines ehemaligen Beschuldigten wegen eines Ersuchens um Erstattung der Prozeßkosten  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Strafgesetzbuch

Art. 14 lit. h Unterabs. 3

Ladung von zur Bewährung Verurteilten im Zusammenhang mit einem Ersuchen/Antrag auf Strafvollstreckung, Änderung der Bewährungsbedingungen usw.  
Gerichtsschreiben, AS

Gesetz über die verwaltungsrechtliche Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Verkehrsvorschriften

Art. 7 Abs. 1

Ladung von Betroffenen zwecks Prüfung einer Beschwerde gegen eine Verfügung des Staatsanwalts  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 12 Abs. 1

Ladung von Betroffenen zwecks Prüfung - in einer Gerichtsverhandlung - einer Beschwerde gegen eine Entscheidung des Staatsanwalts über eine Beschwerde gegen eine Verfügung  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 28 Abs. 2

Ladung von Betroffenen wegen eines Antrags des Staatsanwalts auf Genehmigung der Anwendung von Zwangsmitteln  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 28 Abs. 3

Ladung von Beteiligten wegen einer Beschwerde gegen eine Sicherstellung  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 33 Abs. 3  
Ladung von Beteiligten wegen Sicherstellung eines Fahrzeugs  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

## II. Ladung durch Gerichtsvollzieher an alle Personenkategorien

### II A Zeugen

Strafprozeßordnung

Art. 210 und 213  
Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Zeugen zu einer gerichtlichen Vernehmung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 260 Abs. 1, Art. 263 Abs. 3, Art. 306 Abs. 4-5, Art. 315, 319, 320, 321  
Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Zeugen (Entlastung) und Dolmetschern zu  
einer Gerichtsverhandlung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 282 Abs. 1  
Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Zeugen zu einer Gerichtsverhandlung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 414 Abs. 1  
Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Zeugen zu einer Verhandlung bei einem  
Gericht höherer Ordnung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 414 Abs. 2  
Ladung - durch Gerichtsvollzieher - nach Art. 263 der Strafprozeßordnung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 580 Abs. 2  
Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Zeugen zu einem Gerichtsverfahren zwecks  
Erkennung verurteilter Personen  
Gerichtsschreiben, AS

### II B Sachverständige

Strafprozeßordnung

Art. 227  
Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Sachverständigen

Gerichtsschreiben, AS

Art. 260 Abs. 1, Art. 263 Abs. 3, Art. 306 Abs. 4-5, Art. 315, 319, 320, 321

Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Sachverständigen (Entlastung) und Dolmetschern zu einer Gerichtsverhandlung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 414 Abs. 1

Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Sachverständigen zu einer Verhandlung bei einem Gericht höherer Ordnung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 580 Abs. 2

Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Sachverständigen zu einem Gerichtsverfahren zwecks Erkennung verurteilter Personen  
Gerichtsschreiben, AS

## II C Geschädigte/Verletzte

## II D Beschuldigte

Strafprozeßordnung

Art. 65 Abs. 2

Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Beschuldigten im Hinblick auf das Ergehen eines Haftbefehls  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 200 Abs. 1 und Art. 205

Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Beschuldigten zu einer gerichtlichen Vernehmung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 258

Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Beschuldigten zu einer Gerichtsverhandlung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 412

Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Beschuldigten zu einem Verfahren vor einem Gericht höherer Ordnung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 580 Abs. 2

Ladung - durch Gerichtsvollzieher - von Festgenommenen zu einem Gerichtsverfahren zwecks Erkennung verurteilter Personen  
Gerichtsschreiben, AS

III Zustellung von Gutachten

IV Zustellung verschiedener Schriftstücke

IV A Verfügungen

Strafprozeßordnung

Art. 12 lit m

Entscheidung an Kläger und Personen, deren Strafverfolgung beantragt wird  
Gerichtsschreiben Gerichtshof, GB

Art. 19

Verfügung zwecks Aussetzung der Verfolgung  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 36 Abs. 3

Verfügung über die Erklärung der Einstellung eines Verfahrens auf Ersuchen des Betroffenen  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 86

Entscheidung über Änderung der Bewährungsbedingungen und Aufhebung der Aussetzung des vorläufigen Haftbefehls  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 90 Abs. 3

Entscheidung über einen Antrag eines ehemals Beschuldigten auf Schadenersatz  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 103 Abs. 2

Mitteilung über die Genehmigung einer Beschlagnahme  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 118 Abs. 3

Mitteilung über die Absicht, beschlagnahmte Sachen einer anderen Person als derjenigen, bei der sie beschlagnahmt wurden, zu übergeben  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 126 lit. f Unterabs. 3

Verfügung über die Einstellung strafrechtlicher Ermittlungen in bezug auf die Finanzlage

Gerichtsschreiben, AS

Art. 126 lit. f Unterabs. 5

Genehmigung der Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen in bezug auf die Finanzlage

Gerichtsschreiben, AS

Art. 207 Abs. 2

Antrag auf bzw. Verfügung über die Durchführung eines Ermittlungsverfahrens

Gerichtsschreiben, AS

Art. 238 Abs. 1

Verfügung über die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens an Beschuldigte

Gerichtsschreiben, AS

Art. 238 Abs. 4

Verfügung über die Ablehnung eines Antrags von Beschuldigten auf Wiedereröffnung eines Ermittlungsverfahrens

Gerichtsschreiben, AS

Art. 238 Abs. 5

Mitteilung über eine Verfügung an ein Gericht höherer Ordnung über die Ablehnung eines Antrags eines Beschuldigten auf Wiedereröffnung eines Ermittlungsverfahrens

Gerichtsschreiben, AS

Art. 250 Abs. 7

Verfügung des Gerichts bei Beschwerde wegen Fortsetzung der Verfolgung

Gerichtsschreiben, AS

Art. 252 Abs. 2

Verfügung eines Gerichts höherer Ordnung bei Beschwerde wegen Fortsetzung der Verfolgung

Gerichtsschreiben, AS

Art. 509 lit. a Unterabs. 3

Entscheidung über den Geisteszustand eines Beschuldigten

Gerichtsschreiben, AS

Art. 523 Abs. 2

Zustellung der Entscheidung über die Ablehnung eines Richters an den Beschuldigten

Gerichtsschreiben, AS

Art. 527 Abs. 3

Zustellung der Verfügung über die Zuständigkeit eines Richters für eine Rechtssache  
an den Beschuldigten  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 552 lit. d  
Zustellung der Entscheidung über die Beschwerde nach Art. 552 lit. a und b  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 552 lit. f Unterabs. 5  
Zustellung der Entscheidung über einen Antrag auf Einziehung beschlagnahmter  
Sachen  
Gerichtsschreiben, AS

Begnadigungsgesetz

Art. 18 Abs. 1  
Positive Entscheidung über ein Gnadengesuch  
Schreiben des Justizministers, GB

Art. 18 Abs. 2  
Ablehnung eines Gnadengesuchs  
Schreiben des Justizministers, GB

Gesetz über die verwaltungsrechtliche Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen  
Verkehrsvorschriften

Art. 4 Abs. 2  
Übermittlung einer Verfügung wegen eines Delikts, bei dem das Autokennzeichen  
festgestellt wurde  
Mitteilung der Polizei, GB

Art. 7 Abs. 3  
Übermittlung einer Entscheidung eines Staatsanwalts über eine Beschwerde  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 13 Abs. 3  
Übersendung der Abschrift einer Entscheidung eines Amtsrichters über eine  
Beschwerde  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

IV B Urteile von Gerichten erster Instanz

IV C Urteile von Gerichten höchster Ordnung

Gesetz über die verwaltungsrechtliche Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Verkehrsvorschriften

Art. 18 Abs. 4 und 20

Übersendung des Urteils des Kassationsgerichtshofs und der in einer Streitsache beigebrachten Beweisstücke an Personen, die zur Einleitung eines Kassationsverfahrens berechtigt sind  
Schreiben des Gerichtsschreibers, GB

V. Sonstige Schriftstücke

V A Empfangsbestätigungen

Strafprozeßordnung

Art. 12 lit. a

Empfangsbestätigung Anklageschrift  
Schreiben des Gerichtsschreibers, GB

V B Mitteilungen und Anträge

Strafprozeßordnung

Art. 30

Mitteilung über die Einsichtnahme in prozeßrelevante Schriftstücke  
Schreiben des Staatsanwalts bzw. des Ermittlungsrichters GB

Art. 47

Mitteilung über die Stellung eines Rechtsbeistands an den Beschuldigten und andere  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 94 lit. b

Mitteilung über eine Beschlagnahme  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Mitteilung über das Protokoll einer Beschlagnahme  
Gerichtsschreiben, AS

Mitteilung an Dritte über einen Vermerk, eine Eintragung bzw. Streichung in Registern

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 118 Abs. 3

Mitteilung über die Absicht, beschlagnahmte Sachen einer anderen Person als derjenigen, bei der sie beschlagnahmt wurden, zu übergeben



Gerichtsschreiben, AS

Art. 230 Abs. 2 und 3

Mitteilung an Beschuldigte über das Gutachten (Ergebnis) eines Sachverständigen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens

Schreiben des Urkundenbeamten des Ermittlungsrichters, GB

Art. 237 Abs. 2

Mitteilung über den Abschluß des Ermittlungsverfahrens an Beschuldigte

Schreiben des Ermittlungsrichters, GB

Art. 241 Abs. 3

Mitteilung über den Abschluß der polizeilichen Ermittlungen an Beschuldigte

Schreiben des Ermittlungsrichters, GB

Art. 243, Art. 244 Abs. 1 und Art. 245

Mitteilung über die Fortsetzung der Verfolgung bzw. die Einstellung der Verfolgung an Beschuldigte

Gerichtsschreiben, AS

Art. 266 Abs. 2 und 3

Mitteilung der Annullierung einer Ladung des Gerichtsvollziehers an Beschuldigte, Zeugen und Sachverständige

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 366 Abs. 1 und 3

Mitteilung über eine Urteilsverkündung

Gerichtsschreiben, AS

Art. 387

Annullierung einer Ladung und Mitteilung über einen späteren Termin an Beschuldigte

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 390 Abs. 3

Annullierung einer Ladung von Zeugen zu einer Gerichtsverhandlung beim Amtsgericht

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 400 Abs. 1

Bekanntmachung der Prüfung einer Beschwerde in einer Gerichtsverhandlung

Gerichtsschreiben, AS

Art. 401

Mitteilung über die Prüfung einer Beschwerde in einer Gerichtsverhandlung an Verletzte

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 409

Mitteilung des Staatsanwalts an Beschuldigte über die Vorlage eines Verfahrens an ein Gericht höherer Ordnung

Gerichtsschreiben, AS

Art. 413 Abs. 2

Mitteilung an Verletzte über eine Gerichtsverhandlung bei einem Gericht höherer Ordnung

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 434 Abs. 1

Mitteilung des Staatsanwalts an Beschuldigte über die Vorlage eines Verfahrens an den Kassationsgerichtshof

Gerichtsschreiben, AS

Art. 435

Mitteilung an den Verletzten über die Vorlage eines Verfahrens an den Kassationsgerichtshof

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 437 Abs. 1

Mitteilung des Termins der Prüfung einer Sache durch den Kassationsgerichtshof

Gerichtsschreiben, AS

Art. 455

Mitteilung des Staatsanwalts an den Beschuldigten über die Zurückziehung von Rechtsmitteln

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 471

Mitteilung über eine Entscheidung des Kassationsgerichtshofs an Beteiligte

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 511 lit. b Abs. 3

Antrag auf Rücknahme widerrechtlich erlangter Vorteile

Gerichtsschreiben, AS

Art. 511 lit. b Abs. 3

Antrag auf Rücknahme widerrechtlich erlangter Vorteile gemeinsam mit dem Abschluß strafrechtlicher Ermittlungen in bezug auf die Finanzlage

Gerichtsschreiben, AS

Art. 511 lit. e

Mitteilung über den Termin einer Urteilsverkündung über die Rücknahme widerrechtlich erlangter Vorteile  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 552 lit. a Unterabs. 4

Mitteilung an andere Beteiligte über die Anklageschrift; Möglichkeit der Beschwerde über eine Beschlagnahme  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 552 lit. b Unterabs. 4

Mitteilung über den Termin einer Urteilsverkündung in einem Beschwerdeverfahren  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 552 lit. c und a

Mitteilung über beschlagnahmte Sachen an Berechtigte  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 552 lit. f Unterabs. 5

Mitteilung über den Termin einer Urteilsverkündung an Beteiligte  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 552 lit. t Unterabs. 2

Mitteilung an Beschuldigte über die Übertragung einer Strafsache an einen ausländischen Staat  
Gerichtsschreiben, AS

Art. 561 Abs. 2, Art. 577 b und c

Aufforderung des Staatsanwalts an Verurteilte zur Zahlung von Geldstrafen oder anderen Beträgen, die als Geldstrafe vollstreckt werden  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 574

Mitteilung über ein Endurteil bzw. die Urkunde über die Beschlagnahme nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch an Verurteilte bzw. Dritte  
Gerichtsschreiben, AS

Strafgesetzbuch

Art. 14 lit. e Unterabs. 2

Mitteilung über Verurteilung zur Bewährung nach Zustellung der Mitteilung über das Urteil  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 14 lit. e Unterabs. 2

Mitteilung über Verurteilung zur Bewährung nach Ergehen eines Urteils in Anwesenheit des Angeklagten bzw. über die persönliche Aushändigung der Ladung durch den Gerichtsvollzieher

Schreiben des Gerichtsvollziehers, AS

Art. 22 lit. j Unterabs. 1

Mitteilung des Staatsanwalts an einen Verurteilten über die Ausführung einer unentgeltlichen, gemeinnützigen Arbeit

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 24 lit. b Unterabs. 1

Erste Mahnung an einen Verurteilten zur Entrichtung einer erhöhten Geldstrafe

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 24 lit. b Unterabs. 2

Zweite Mahnung an einen Verurteilten zur Entrichtung einer erneut erhöhten Geldstrafe

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 74 Abs. 3

Mitteilung des Staatsanwalts an unmittelbar Beteiligte über die Tatsache, daß der Beschuldigte einem Vergleichsvorschlag entsprochen hat

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Gesetz über die verwaltungsrechtliche Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Verkehrsvorschriften

Art. 16 Abs. 1

Übersendung der Beschwerdeschrift im Kassationsverfahren an andere Beteiligte

Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 16 Abs. 3

Übersendung der Beweisführungsschrift an Personen, die den Kassationsgerichtshof angerufen haben

Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 17 Abs. 2

Mitteilung an Personen, die den Kassationsgerichtshof angerufen haben, über den Termin der Prüfung der Sache durch dieses Gericht

Schreiben des Urkundenbeamten, GB

Art. 24

Mahnung zur Zahlung einer erhöhten Geldbuße

Schreiben des Staatsanwalts, GB

Art. 33 Abs. 1

Übersendung der Abschrift des Protokolls über die Beschlagnahme eines Fahrzeugs  
an Fahrzeugführer und Fahrzeughalter  
Schreiben der Polizei, GB

Art. 33 Abs. 5

Übersendung der Abschrift des Urteils eines Amtsrichters zur Beschwerde gegen eine  
Beschlagnahme  
Schreiben des Urkundenbeamten, GB

## V C Ladungen

Strafprozeßordnung

Art. 187

Ladung von Beschuldigten und anderer zur Zeugenvernehmung  
Schreiben des Ermittlungsrichters, GB

Art. 578

Vergleichsvorschlag  
Schreiben des Staatsanwalts, GB

Strafgesetzbuch

Art. 74 lit. c

Unterbreitung eines Vorschlags für einen polizeilichen Vergleich  
Schreiben der Polizei, GB

## **Portugal**

- Zustellung von Vorladungen und Mitteilungen an Zeugen
- Zustellung von Vorladungen und Mitteilungen an Sachverständige
- Zustellung von Gutachten
- Zustellung von Gerichtsbeschlüssen
- Zustellung von Vorladungen und Mitteilungen an Opfer
- Zustellung von Vorladungen und Mitteilungen an Nebenkläger.

## **Spanien**

Vorladungen (citaciones) und Ladungen, innerhalb eines bestimmten Zeitraums vorstellig zu werden (emplazamientos), an Zeugen, Sachverständige, Opfer, haftpflichtige Personen sowie Angeklagte.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. April 1994 (BGBl. II S. 631).

Bonn, den 19. Dezember 1995

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann